

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 2

Artikel: Politische Tradition und aktuelle Probleme der Eidgenossenschaft
Autor: Chaudet, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Tradition und aktuelle Probleme der Eidgenossenschaft

BUNDESRAT PAUL CHAUDET

Kräfte der Weltpolitik

Die politischen Probleme der Schweiz stehen heute im Zeichen der Sorge, die sich in dem Satz ausdrücken läßt: Wie können wir neue Verantwortlichkeiten übernehmen, ohne das traditionelle innere Gefüge des Landes und seine auf uns vererbten Werte zu opfern?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns über die Stellung der Schweiz in der heutigen Welt Klarheit verschaffen. Diese Welt wird auf der ganzen Linie vom Gegensatz der Mächtegruppen beherrscht, die auf völlig verschiedenen Grundsätzen, Ideen und Zielsetzungen beruhen. Diese Gruppen handeln nicht nur gemäß ihren unversöhnlichen Ideologien; vielmehr werden die politischen Tendenzen durch wirtschaftliche Sorgen kompliziert, die wiederum ihre besondere Eigenart aufweisen. Wenn wir dann noch die Notwendigkeiten in Betracht ziehen, die das nationale Leben dem einen oder anderen Partner auferlegt, erhalten wir erst recht ein Bild der Verwirrung in unserer Zeit. Dabei erheben die totalitären Kräfte den Anspruch, auf die Dauer alle Länder für sich zu gewinnen und in ihnen eine besitz- und klassenlose Gesellschaft zu errichten. Zu diesem Zwecke benützen diese Mächte alle möglichen Kanäle, die ihnen bei den der Freiheit und Menschenwürde verbundenen Völkern offen stehen.

Dieser Kampf ist gigantisch, anhaltend, erbittert. Wenn sich auch im Schoße der gleichen Mächtegruppe Spaltungen ergeben, so bleibt doch eine Mystik ihre treibende Kraft und bietet Gewähr für die Koordination ihrer Handlungen. Vielleicht vollzieht sich in den Ostländern eine gewisse Entwicklung, die zu einer Abschwächung der Gegensätze zum Westen führt. Die Stärke des Kommunismus besteht darin, daß er das Schwergewicht seiner Propaganda auf den Friedenswillen legt. Trotz der Umstände, die angeblich nur zufällig sein sollen oder scheinbar der Verteidigung dienen — zum Beispiel Kuba —, findet die Haltung Moskaus Widerhall und Beachtung bei zahlreichen Völkern. Diese Erfolge werden in der freien Welt durch eine Wirtschaftsblüte begünstigt, welche die geistige Widerstandskraft schwächt. Zu dieser Schwäche kommen die Verschiedenheiten der einzelnen Völker, ihrer Ursprünge und ihrer Weltanschauungen hinzu. All das erschwert die dringliche Solidarität. Schließlich erwähne ich die Atomkraft, die zum Fatalismus führt und die Menschen in eine Zwangslage bringt, aus der viele keinen anderen Ausweg sehen

als eine Verständigung um jeden Preis, nur um einen Atomkrieg zu vermeiden.

Wie sollen wir auf diese Befürchtungen und Sorgen reagieren? Wir müssen in aller Nüchternheit erkennen, daß es auf dem Schachbrett der Weltpolitik noch Faktoren des Gleichgewichts gibt. Wenn sie sich geltend machen, stoßen sie aber auf ineinander verschachtelte Einflußzonen, auf ganz verschiedenartige Beweggründe und Konfliktherde. Man kann sich vorstellen, daß die Aufrechterhaltung des atomaren Monopols in den Händen der beiden großen Gegner dazu führen könnte, daß sich lokale Kriege mit konventionellen Waffen entwickeln. Aber jeder Randkonflikt trägt die Gefahr eines allgemeinen Krieges in sich. Dazu kommt das Risiko eines technischen Mißgriffs. Der Friede wird in Zukunft mehr von derartigen Tatsachen bedroht sein als vom ganz bestimmten Willen einer Regierung oder eines Staatschefs, die Welt in Brand zu setzen. Aus diesen kurzen Betrachtungen möchten wir vorläufig nur den Schluß ziehen, daß ein Krieg, mit oder ohne Absicht, entstehen kann. Übrigens ist seit 1945 immer irgendwo auf der Welt Krieg geführt worden. Der Weihnachtstag 1962 war der erste, der, für knapp 24 Stunden, nicht durch Blutvergießen verdüstert war. Solange in unserer Welt keine besseren Aussichten bestehen, bleibt unser Lösungswort die Wachsamkeit.

In dem Maße, in dem wir zu dieser Wachsamkeit imstande sind, vermögen wir die Zukunft zuversichtlicher zu beurteilen. Selbst bei einem erhöhten Gefahrenrisiko brauchen die ideologischen Gegensätze nicht unbedingt in eine Sackgasse zu führen. Trotz aller Krisenverschärfung bleibt die Hoffnung bestehen, daß Europa nach und nach den Weg zur Einigung findet. Europa hat eine Aufgabe zu erfüllen, die ihm niemand abnehmen kann. Keine andere Kultur und kein anderes Regime scheinen die Mittel zu besitzen, diese Aufgabe zu erfüllen. In seinen kulturellen Kraftquellen, seiner geistigen Ausstrahlung und seinem Willen hat Europa die Fähigkeit, der Welt in der Überwindung der trügerischen Gegensätze beizustehen. Aber es muß zu diesem Zwecke seine Kraft einsetzen. Sonst verliert es den Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft.

Hoffnungen bestehen auch in den Ländern, die ihre Unabhängigkeit erlangt haben. Zur Zeit sind sie noch mancherlei Druck unterworfen. Es ist deshalb schwer vorauszusehen, wohin sie eine sehr langsame politische Entwicklung führt, die im Gegensatz zum Tempo ihrer Befreiung steht. Ohne gewagte Voraussagen anstellen zu wollen, möchten wir doch nicht von vorneherein günstige Aussichten ausschließen. Gewiß haben wir in einer Zeit tiefgehender Umwandlungen, in der uns so viele Probleme gleichzeitig bedrängen, manchmal das Gefühl, von unseren Aufgaben erdrückt zu werden. Wir dürfen aber nie die Gesamtheit der Kräfte, die unsere Lage bestimmen, aus dem Auge verlieren und noch weniger die Silberstreifen am Horizont. Bis zur Schaffung wirklicher Sicherheiten haben wir noch einen weiten Weg zurückzulegen. Weit mehr als durch eine wirksam überwachte Abrüstungsmaßnahme wird ein dauerhafter Friede durch Zusammenhalt und Tatkraft der freien Länder ge-

sichert, durch die wirtschaftliche Verständigung der europäischen Nationen, die Koordination ihres politischen Verhaltens und durch die Heranbildung und technische Ausrüstung der zur Behauptung ihrer Unabhängigkeit berufenen ehemaligen Kolonien.

Die Rolle der Schweiz und die Neutralität

Welche Rolle fällt nun unserem Land in dieser Entwicklung zu? Unser Einfluß sollte sich auf Gebiete und Völker erstrecken, deren Bedürfnisse unsere Leistungsfähigkeit hinsichtlich Personal, Material und Finanzmittel nicht übersteigen. Wollten wir allen Begehren entsprechen, so würden wir Gefahr laufen, unsere Kräfte zu zersplittern und unsere Grundlagen zu schwächen. Viele unserer Mitbürger fragen sich, ob derartige Aktionen überhaupt angezeigt seien. Sie befürchten, daß wir uns an der technischen, erzieherischen und geistigen Ausbildung von Völkern beteiligen, die sich nach ihrer Auffassung aus Gründen der Rasse und Kultur früher oder später gegen die christliche und weiße Welt wenden werden. Wenn derartige Überlegungen die Oberhand gewinnen sollten, müßten wir offensichtlich an der Zukunft und an der Menschheit verzweifeln. Die zu überwindenden Schwierigkeiten mögen noch so groß und weitläufig sein, es ist dennoch unsere Pflicht, an der Förderung und Entwicklung einer zurückgebliebenen Welt mitzuarbeiten. Beim heutigen Tempo des wirtschaftlichen Wachstums der Industrieländer müssen wir dafür besorgt sein, daß das Gefälle in der Lebenshaltung nicht noch größer wird. Denn die Folgen wären unberechenbar. Selbstverständlich müssen wir bei diesem Werk umsichtig vorgehen und darauf achten, daß die erbrachten Leistungen nicht durch Sorglosigkeit, drohende Nationalisierungen und Beschlagnahmung von Investitionen der technischen Hilfe, durch Unfähigkeit und Korruption vernichtet werden. In unserem eigenen Lande müssen die Bedürfnisse einer ausgedehnten Zusammenarbeit aufeinander abgestimmt und mit der Notwendigkeit vereinbart werden, die Produktionskräfte zu erhalten, die die Entwicklungshilfe speisen.

Dank seinem außerordentlich hohen Lebensstandard verfügt das Schweizervolk glücklicherweise über verhältnismäßig beträchtliche Mittel. Aber die Werte, die wir besitzen oder verkörpern, haben einen derart besondern Charakter, daß ihre Nutzung heikle Probleme stellt. In jedem einzelnen Fall müssen wir die Probleme auf die Grundsätze hin prüfen, die unsere Politik, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaftsstruktur bestimmen.

Bei dieser Grundfrage möchte ich feststellen, daß das Problem der eidgenössischen Politik im wesentlichen darin besteht, den Föderalismus der Schweiz, ihre direkte Demokratie und ihre Neutralität mit den Anforderungen der europäischen Integration und der geistigen Widerstandskraft gegen ideologischen Druck in Übereinstimmung zu bringen. Mit andern Worten: Wie

können wir in unseren Beziehungen zu einer großen wirtschaftlichen und politischen Einheit und inmitten einer ständig zunehmenden internationalen Tätigkeit das Wesen unserer Persönlichkeit, unsere Eigenständigkeit und freie Selbstbestimmung, die Ursprünglichkeit und Kraft unseres Nationalbewußtseins bewahren?

Diese Frage führt uns zur Notwendigkeit und zum Wesen unserer Neutralität. Sie ist nur allzu oft bloß unter dem militärischen Gesichtspunkt betrachtet worden. Die Rolle, die sie auf der Stufe der europäischen Strategie spielen konnte, war konkret zu ermessen. Im Zeitalter der Atomwaffen und der Weltstrategie scheint sie nun für manchen Mitbürger ihren Sinn teilweise verloren zu haben. In verschiedenen Köpfen schleichen sich Zweifel ein. «Warum», fragen sie sich, «sollten wir gegenüber der freien Welt nicht eine direktere und nachhaltigere Solidarität bekunden?» Dabei vergißt man leicht, daß die Neutralität einem Gebot der Innenpolitik entsprang und in ihrem Rahmen eine Rolle spielt, die unter dem Druck der Gegenwart noch an Bedeutung gewinnt. Blicken wir für einen Moment zurück ins 16. Jahrhundert, nach Marignano, in die Zeit der Reformation, als die Glaubenspaltung einer militärischen Intervention für die eine oder andere Partei im Dreißigjährigen Krieg entgegengestand. Der Grundsatz der Neutralität drängte sich auf, noch bevor im Westfälischen Frieden unser Recht auf eine international anerkannte Selbständigkeit bestätigt worden war. Seit der Anerkennung dieser Neutralität durch den Wiener Kongreß ist sie für uns ein Mittel zur Verteidigung unserer Unabhängigkeit geworden, zu welchem Zweck die eidgenössische Armee geschaffen wurde. Aber die Neutralität blieb nicht nur ein Mittel zur Erstarkung des eidgenössischen Bundes. Sie ist die eigentliche Grundlage unserer auswärtigen Politik geworden. Sie ist der Ausdruck unseres Willens, auf den Krieg als Mittel der Lösung zwischenstaatlicher Streitigkeiten zu verzichten. Sie auferlegt uns militärische und politische Pflichten. Sie verbietet uns die Mitwirkung an einem Bündnis und die Übernahme von Verpflichtungen, die uns in einen bewaffneten Konflikt verwickeln könnten. Doch bedeutet Neutralität weder Isolierung — abgesehen vom militärischen Bereich — noch Passivität in zwischenstaatlicher Hinsicht. Sie berührt weite Gebiete unseres staatlichen Wirkens nicht, die der friedlichen Zusammenarbeit mit andern Ländern offenstehen.

Wenn wir zurückblicken und untersuchen, wie bis heute das Problem unserer Beziehungen zu den meisten internationalen Organisationen gelöst wurde, stellen wir fest, daß die Begutachtung unseres Neutralitätsstatuts zeitweise insofern eine widersprüchliche Lage geschaffen hat, als die Schweiz, die zweifellos am abendländischen Kulturerbe teilhat, nur Organisationen beigetreten ist, die der Verteidigung dieses Erbes fernstehen. Die andern Organisationen vereinigten in sich die freien Länder des Westens mit ihren amerikanischen Nachkommen und stellten sie so den Ostländern gegenüber.

Die Notwendigkeit, eine Auswahl zu treffen, erschien jenen manchmal ungenügend, die es gerne gesehen hätten, wenn wir uns mit mehr Wagemut an bestimmten Versuchen der Annäherung der Völker beteiligt hätten. Die Ereignisse haben aber jenen recht gegeben, die bestrebt waren, sich die Freiheit der Gedanken und Aktionen zu bewahren. Manche gaben sich der Befürchtung hin, unser Abseitsstehen von dieser oder jener Bindung werde uns wirtschaftliche Nachteile bringen. Das Ausmaß unserer Produktion und unseres Außenhandels beweisen aber im Gegenteil, daß die Schweiz «internationaler» ist als viele andere Länder.

Hat etwa die Entwicklung seit Kriegsende die Ordnung, die wir aufrechterhielten und zu der wir nach der kurzen Periode der differenzierten Neutralität, die durch unseren Beitritt zum Völkerbund bedingt war, zurückkehrten, in Frage gestellt? Welche Faktoren könnten in dieser Hinsicht eine maßgebliche Rolle spielen?

Ich beschränke mich auf zwei besonders wichtige Punkte. Der eine Faktor ist militärischer, der andere wirtschaftlicher Natur.

Atomare Waffen?

In militärischer Hinsicht äußern einzelne unserer Landsleute Befürchtungen über die Möglichkeit, in einem atomaren Konflikt könnte unser Luftraum zahlreichen Verletzungen ausgesetzt sein. Sie gehen davon aus, daß die Herkunft der Geschosse und Raketen, die unser Hoheitsgebiet heimsuchen würden, nur mit Schwierigkeiten festgestellt werden könnte. Sie sind überzeugt, daß alle Staaten, ohne Ausnahme, in einen interkontinentalen Atomkrieg verwickelt würden. Sie zweifeln daran, daß unserem Willen zur Neutralität Rechnung getragen würde. Es liegt mir fern, behaupten zu wollen, die Dinge würden sich ganz anders entwickeln. Indessen haben sich weder der Bundesrat noch unsere militärischen Führer dieser Betrachtungsweise angeschlossen, denn niemand kann mit Sicherheit voraussagen, daß unserer Neutralität das eben beschriebene Los beschieden sein werde. Auch wenn nur geringe Aussichten dafür bestehen, daß unsere Neutralität respektiert wird, müssen sie in Betracht gezogen werden. Das ist die einzige Karte, die wir ausspielen können. Strategisch und operativ betrachtet haben sich die Grundvoraussetzungen offenbar gewandelt, und es wird wohl nie mehr Aufgabe der Schweiz sein, die Flanken der europäischen Kriegsgegner zu decken. Ich möchte mich aber hierüber nicht allzu entschieden äußern. Wir dürfen nie vergessen, daß beim heutigen Stand der Kernwaffen deren Verwendung auf dem Kontinent ein Ausmaß an Zerstörungen mit sich bringen würde, das mit den strategischen Zielen der Kriegführenden kaum vereinbar wäre. Politisch und militärisch lassen sich diese Aktionen gewissermaßen nicht auf einen Nenner bringen. Wenn diese Über-

legungen nur bis zum allgemeinen Einsatz taktischer Atomwaffen gültig wären, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß es verfehlt wäre, die gegenwärtigen Blöcke und Bündnisse als für alle Zeiten bestehend anzusehen. In unserer ständig in Bewegung befindlichen Welt sind mancherlei Wandlungen möglich. Es wäre falsch, tiefgreifende Änderungen der heutigen Planungen von vorneherein auszuschließen. Wir wollen uns ganz nüchtern sagen, daß wir aus der Geschichte unsere Lehren ziehen können und vielleicht erneut berufen sein werden, die Rolle zu spielen, die uns zweimal in diesem Jahrhundert übertragen war. So lange die weit gesteckten Ziele der Schöpfer eines neuen Europas noch nicht erreicht sind, wollen wir unentwegt unsere Anstrengungen auf dem Gebiete der Landesverteidigung fortsetzen.

Ich sage ausdrücklich «fortsetzen», denn nicht wenige unter uns glauben, mit der Armeereform 1961 sei nun unsere Armee auf lange Zeit hinaus den Erfordernissen der modernen Kriegführung angepaßt worden. Was wir bis heute erreicht haben, entsprach sowohl den Anforderungen für den Fall eines Angriffs mit konventionellen als auch mit Atomwaffen. Das heißt, wir wollten unser Heer mit einer größeren Beweglichkeit und stärkeren Feuerkraft ausstatten. Im Verein mit einer verbesserten Grenz- und Alpenverteidigung schufen die Aufstellung mechanisierter Divisionen, die Einführung zahlreicher Panzerabwehrwaffen und des Sturmgewehrs und die allgemeine Verstärkung der Rüstung und Munitionszuteilung die nötigen Voraussetzungen für die Schlacht, mit der wir im Mittelland zu rechnen haben. Der innere Aufbau der Armee, ihre Gliederung, ihre operativen und Aufmarschräume sind so gestaltet, daß in einem späteren Zeitpunkt auch eine noch modernere Bewaffnung verwendet werden kann. Wenn in der Tat eines Tages unsere Nachbarländer ihre Truppen damit ausrüsten sollten, würde dies eine Schwächung unserer Stellung bedeuten, weil das Kräfteverhältnis zu unseren Nachbarn, das wir stets bewahrt haben, verschoben würde. Gewiß wird nicht die Schweiz bei der Bildung des Klubs der kontinentalen Atommächte vorangehen. Die Frage wird sich ihr erst dann stellen, wenn das neue Kampfmittel praktisch zur konventionellen Waffe wird. Unser militärisches Denken, unsere Organisation, unsere Ausbildung erneuern sich ständig in der Prüfung der sich ergebenden technischen Entwicklungen und Möglichkeiten. Andernfalls würden wir in einen Zustand der Erstarrung verfallen, der schwerwiegende Folgen haben könnte. Sicherlich wollen wir dem Lande keine maßlosen Wehrausgaben aufbürden, die unsere finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte weit übersteigen würden. Aber wir verlangen, daß den für die Landesverteidigung verantwortlichen Männern nicht einfach blind Hindernisse in den Weg gelegt werden. Bundesrat und Armeeleitung wären ihrer Aufgabe nicht gewachsen, wenn sie nicht von Sorge erfüllt wären, der Landesverteidigung die größtmögliche Wirkung zu verschaffen. Bei dieser Gelegenheit darf ich auch die Haltung der eidgenössischen Räte würdigen, die nach Zustimmung zur Armeereform auch die

Konsequenzen aus ihrem Beschluß gezogen und dabei die Grundvoraussetzungen nie in Frage gestellt haben.

Angesichts aller denkbaren, selbst der bedrückendsten Möglichkeiten müssen wir darüber wachen, daß der Widerstandsgeist des Volkes erhalten und in aller Herzen der unerschütterliche Wille lebendig bleibt, früher oder später zurückzugewinnen, was uns einmal entrissen werden könnte. Das ist der Preis, den unser Land zu entrichten hat, wenn es fortbestehen will.

Wirtschaftliche Integration

Einzelne unserer Mitbürger glauben, die neuen wirtschaftlichen Zielsetzungen, insbesondere der europäischen Integration, sollten uns veranlassen, die Neutralität neu zu überdenken.

Seit Jahren hat sich der Bundesrat mit der Frage befaßt, ob wir unsere traditionelle politische Stellung unter allen Umständen aufrechterhalten könnten, welches auch die Entwicklung Europas sein werde.

Schon im Jahre 1953 hat der Bundesrat in Würdigung dieser Schwierigkeiten festgestellt: Die europäische Integration ist ein neues Wort für eine alte Idee. Ein Jahr zuvor, 1952, veröffentlichte Minister Carl J. Burckhardt eine Studie über Sullys Plan einer europäischen Ordnung. Der Staatsminister Heinrichs IV. hat diesen Plan zu Beginn des 17. Jahrhunderts entworfen. Im 18. Jahrhundert befaßten sich Jean-Jacques Rousseau, der Britte Bentham und Immanuel Kant mit derartigen Ideen. Sie wollten eine europäische Staatengemeinschaft, einen Staatenbund schaffen, um der Anarchie in Europa ein Ende zu setzen. Im 19. Jahrhundert glaubte Victor Hugo bereits, daß eine europäische föderalistische Republik, die Vereinigten Staaten Europas, in Bildung begriffen seien. Diese Idee ist immer wieder von einzelnen Gruppen oder Wortführern aufgenommen worden. Heute sucht man sie in der Form der europäischen Integration zu verwirklichen. Der Bundesrat unterschied bei der Integration zwischen dem militärischen Bündnis, das die Mehrzahl der europäischen Länder umfaßt, und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie sie in der OECE und in der Europäischen Zahlungsunion verwirklicht wurde. Dazu führte der Bundesrat aus, daß Integration und Zusammenarbeit zwei verschiedene Dinge seien. Die Integration verlangt die Schaffung supranationaler Behörden, das heißt den Verzicht der Staaten auf Souveränitätsgehalte, während die Zusammenarbeit die Souveränität nicht beeinträchtigt. Sie äußert sich vielmehr in Vereinbarungen, die die Staaten binden, ohne sie einer unabhängigen und über ihnen stehenden Gewalt zu unterstellen.

In der Folge haben wir unseren Willen zur internationalen Zusammenarbeit bekundet, indem wir der Europäischen Freihandels-Assoziation beitraten, deren Statut von unserer auswärtigen Politik keinerlei Konzessionen verlangt.

Nach Großbritanniens Beitrittsge- such zur EWG haben wir an der Seite Österreichs und Schwedens ein Ge- such um Assoziierung eingereicht, in einer mit unserer Neutralität zu vereinbarenden Form. Unsere Brüsseler Erklärung hat ausdrücklich festgestellt: Bestimmend für den Rahmen, in dem wir unseren Beitrag an den Gemeinsamen Markt leisten, «sind die immerwährenden Verpflichtungen, die das im Völkerrecht verankerte, vom entschiedenen Willen des Schweizer- volkes getragene Neutralitätsstatut uns auferlegt. Gerade für Europa, in dessen Mitte wir liegen, aber ebenso sehr für die andern Kontinente, hat sich das Bestehen dieses Statuts — mit allen Beschränkungen, die es für uns mit sich bringt — immer wieder als nützlich erwiesen. Die Sicherungen, auf die wir mit Rücksicht auf unsere Neutralität nicht verzichten können, tun der Sub- stanz der Assoziation keinen Abbruch».

Ich rufe diese Erklärung ausdrücklich in Erinnerung, weil sie die Antwort auf die beständig an uns gerichteten Vorwürfe bildet, wir lebten als Egoisten nur für uns und zögen uns auf uns selber zurück.

Eine derartige Auffassung ist nicht haltbar. Wenn wir eine politisch- militärische Allianz ablehnen, so erwächst uns aus dieser Ablehnung die Pflicht, für die Landesverteidigung eine Leitung zu erbringen, die bedeutend größer ist als jene, die beispielsweise die NATO von uns verlangen könnte. In diesem Falle würde unser Wehrbudget, das 38% der allgemeinen Bundes- ausgaben beträgt, zweifellos wesentlich bescheidener aussehen. Der Grundsatz der Milizarmee stünde dann in Frage.

Unter den heutigen Verhältnissen und in Berücksichtigung der Bodenfläche und Bevölkerungszahl der Schweiz kann man feststellen: Der Wille, die Un- versehrtheit der Schweiz und ihres Volkes zu gewährleisten, trägt in beträcht- lichem Ausmaße zu den Anstrengungen einer legitimen Verteidigung bei. Je- des Land, jeder Teil unserer Erde hat die Pflicht, diese Verteidigung einem eventuellen Angreifer entgegenzusetzen. Mehr kann von uns nicht verlangt werden.

Wenn wir den politischen Willen einer überstaatlichen Behörde nicht an- erkennen können, so sehen wir nicht ein, wieso diese Haltung der Entwick- lung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit schaden sollte. Eine Assoziation mit dem Gemeinsamen Markt würde uns nicht nur Vorteile bringen. Sie würde uns genug Opfer auferlegen, um unserer Mitwirkung einen gültigen Charakter zu verleihen. 60% unserer Exporte gehen nach kontinentalen Län- dern, aus denen wir 80% unserer Importe beziehen. Drei Viertel dieses Han- dels austausches betreffen die EWG. Die Handelsbilanz der Schweiz ist defizitär. Im Assoziationsfalle würde dieses Defizit gewiß vermindert. Eine Reihe unserer großen Unternehmungen hat übrigens die faktische Integration bereits voll- zogen. Die größten Schwierigkeiten erwachsen uns nicht auf diesem Gebiet, wobei wir die besondern Fragen der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Kleinhandels nicht etwa unterschätzen möchten. Insgesamt aber dürfen wir

angesichts der sehr liberalen Politik, die wir von jeher praktiziert haben, annehmen, daß wir keine unüberwindlichen Hindernisse vorfinden.

Wir sind immer davon überzeugt gewesen, daß uns kein Vorgang der Gegenwart von unserem Neutralitätsstatut abbringen darf. Der Abbruch der Verhandlungen der Sechs mit Großbritannien hat uns nur in unserer Gewißheit bestärkt, daß sich die großen Partner auch im Schoße des Gemeinsamen Marktes die Einflußzonen gegenseitig streitig machen. Wir können uns nicht der Macht einer Ländergruppe, selbst wenn sie dem freien Westen zugehört, unterwerfen. Es geht hier um das Vertrauen, das wir in der ganzen Welt genießen, und um die Möglichkeit, im Rahmen unserer Mittel, die uns oft übertragene Rolle eines Schiedsrichters oder Vermittlers zu übernehmen.

Es ist widerspruchsvoll, daß häufig die gleichen Länder, die unsere traditionelle Stellung anzuzweifeln versuchen, unsere guten Dienste anrufen, die ihnen wiederum nur dank unserer Sonderstellung angeboten werden können. Die Liste der Missionen, die uns als einem neutralen Land anvertraut werden, ist beträchtlich: Hilfsaktionen in Gebieten, in denen die entfesselten Leidenschaften die Intervention von Ländern einer bestimmten politischen Richtung oder Zugehörigkeit zu einem Bündnis ausschlossen; Vertretung fremder Interessen, wenn ein Umsturz oder Konflikt die Interessen einer Nation gefährdete, die uns deren Verteidigung anvertraute; Vermittlungen in Fällen, die zu schweren Spannungen führen könnten; Organisation von Transporten, Unterkunft und Verpflegung von Flüchtlingen; Überwachungsaufgaben im Rahmen eines Waffenstillstandsabkommens; technische Hilfe an Entwicklungsländer. Wenn man alle diese Interventionen aneinanderreihet, ermißt man, welches Kapital an politischer Sicherheit die bewaffnete Neutralität zu schaffen imstande war und welche einzigartige Bedeutung diese immateriellen Werte für uns in einer Zeit allgemeiner Verwirrung und gestörter Ordnungen aufweisen.

Und doch ist der Zeitpunkt noch fern, da wir uns der menschlich begreiflichen Versuchung hingeben dürfen, wir hätten alles zum besten bestellt! Die Erfolge der Vergangenheit, die Einheit in der Vielfalt, die direkte Demokratie, die der föderalistische Aufbau des Landes vor ihren eigenen Schwächen bewahrte, auferlegen uns ganz besondere Verantwortlichkeiten. Jeder Eingriff in unsere Institutionen, in unsere Staatsgesinnung, in unseren Willen, frei zu leben und die Unabhängigkeit und die Freiheitsrechte zu bewahren, würde die Preisgabe einer Bastion bedeuten, in der wir höhere Werte, eine geistige Welt, verteidigen.

Es gibt viele Gefahren, die unser nationales Leben bedrohen. Ich denke zunächst an die Gefahren, die mit der Anpassung unserer militärischen, wirtschaftlichen und psychologischen Landesverteidigung an die Gegenwart zusammenhängen. Man kann sich durchaus vorstellen, daß eine Macht, die allmählich mit ihrer Ideologie die Welt durchdrungen hätte, schließlich zu den Waffen greift, um die letzte Bastion, die noch standhält, zu Fall zu bringen.

Vielleicht ist die Zeit des absoluten Kommunismus und unbegrenzten Kapitalismus vorbei. Wir wohnen gegenwärtig einer Umwertung aller Werte bei. Lehren, Ideen und geistreiche Spekulationen werden durch feststehende Gegebenheiten, zahlenmäßig nachweisbare Tatsachen und erprobte Lösungen ersetzt. Diese Erscheinung könnte schließlich geradezu den wesentlichen Gehalt unserer Lebens- und Existenzgrundlage in Frage stellen. So fragen wir uns: Werden unsere politischen Einrichtungen nicht eines Tages als Hindernis zur Entfaltung der Wirtschaftskräfte betrachtet? Wir müssen uns mit dieser Frage auseinandersetzen, um, ohne jede Preisgabe unserer Geschichte und unserer Eigenständigkeit, unsere Ordnung allmählich den Anforderungen anzugleichen, die Wissenschaft und Technik mit ihrer Dynamik an die Welt stellen.

Dann denke ich auch an den Einfluß, den in der Zukunft große wirtschaftliche und politische Gemeinschaften auf unser Nationalempfinden ausüben könnten. Die Haltung, die wir den Integrationsbewegungen gegenüber einnehmen, wird um so stärker sein, je besser unsere Ausgangslage, je fester unsere Währung, je disziplinierter unsere freie Wirtschaft sind. Ob wir nun einer Isolierung ausgesetzt wären, eine Assoziation erlangen oder bloß bilaterale Beziehungen mit einem mächtigen Partner haben — immer werden wir ungewissen Risiken ausgesetzt sein. Wir werden sie um so ruhiger auf uns nehmen können, als wir unsere Fähigkeit zur Bändigung der Wirtschaftskräfte, namentlich in der Hochkonjunktur, beweisen. Ohne diese Bereitschaft könnten wir inmitten der gegenwärtigen Bewegung, in der wir unsere Stellung behaupten möchten, überflutet werden, wie der einzelne Mensch in der Welt des Kollektivs.

Wir müssen wachsam bleiben. Diese Wachsamkeit, Ausdruck unseres Verantwortungsbewußtseins, muß auf allen Gebieten unseres nationalen Lebens wirksam sein.

Konjunkturprobleme

Welche Sorgen beschäftigen uns auf wirtschaftlichem Gebiete?

Wir stehen im Zeichen der Hochkonjunktur: Mehr als 30 Milliarden Franken Volkseinkommen, 730 000 ausländische Arbeitskräfte, das heißt mehr als 30% der erwerbstätigen Bevölkerung.

Unsere Produktionskräfte sind so äußerst angespannt. Wir befinden uns in einer unbestreitbaren Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Sie ist gekennzeichnet durch den Passivsaldo der Einkommensbilanz, durch den Zufluß ausländischer Gelder, die bei uns investiert werden. Wenn unser Land von jeher seine Absatzmärkte über die Landesgrenzen hinaus zu sichern verstand, so stehen wir doch bei der Arbeitskraft und bei der Finanzierung dieser Entwicklung vor einer neuen Lage hochgradiger Abhängigkeit. Sie schafft ein

trügerisches Bild. Es wäre verfehlt, unsere Exportpreise und unsere Einnahmen als Grundlage neuer expansiver Investitionen und einer gesunden langfristigen Politik der Löhne und Produktionskosten zu betrachten. Der Bundesrat hat in einer Aussprache festgestellt, es müsse zwischen der Expansionspolitik unserer Unternehmer und der Verteilung des Sozialprodukts, der Löhne und Gewinne, und zwischen den Wirtschaftspartnern ein sorgfältiger Ausgleich angestrebt werden. Wir können nicht das Bärenfell verteilen, bevor wir den Bären selber zur Strecke gebracht haben!

Die Mittel, die die Behörden im Kampfe gegen die Konjunkturüberhitzung einzusetzen imstande sind, haben ihre Grenzen. Die Landesbehörden müssen gemeinsam mit den Privatunternehmungen handeln. Insgesamt stehen uns als Möglichkeiten offen: Krediteinschränkungen; die Sterilisierung von Kapitalien; die Verlegung eines Teils des Produktionsprozesses ins Ausland; Korrektur gewisser rigoroser Bestimmungen des Zolltarifs; steuerliche Begünstigung von Investitionsreserven der Privatwirtschaft; Begrenzung der Bauvorhaben; Zurückhaltung in der Neueinstellung von Personal. Diese Maßnahmen sind zum Teil bereits in Angriff genommen, zum Teil werden sie geprüft. Sie streben alle die Stabilisierung der Produktionskosten und der Währung an, oder mit andern Worten: die Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit, die eine der Voraussetzungen unserer Unabhängigkeit ist.

Die Konjunkturüberhitzung hat nicht nur materielle Folgen. Heute stellt sich das Problem der rechtlichen und sozialen Stellung der ausländischen Arbeitnehmerschaft und darüber hinaus das unserer Lebenshaltung, die mit der Einfachheit der Sitten und Gebräuche eines Hirten- und Bauernvolkes nichts mehr zu tun hat. Die Beschäftigungsmöglichkeiten werden ganz anders verteilt; die leitenden und interessantesten Posten besetzen Schweizer. Ganze Arbeitnehmergruppen und einzelne Gebiete unterliegen ausländischen Einflüssen. Wir können nicht einfach untätig die negativen Seiten dieser Lage hinnehmen. Wir müssen darnach trachten, diesen Umwandlungen einen positiven Gehalt zu geben. Die Ausländer, die unsere Mitarbeiter sind, sollen so gut als möglich unserem Volke angenähert werden. Hier müssen wir unsere Einflußnahme in verstärktem Maße geltend machen, im weitem bei den Absatzmärkten, wo wir alle denkbaren Veränderungen in Betracht ziehen sollten, die sich aus den vorhandenen Arbeitskräften und Kapitalien und aus den Bedingungen der Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Integration ergeben könnten.

Wenn ich von den wirtschaftlichen Sorgen spreche, muß ich mich auch der Landwirtschaft zuwenden. Auch sie hat ihre Besorgnisse infolge der Preisstabilisierung. Mit dem Landwirtschaftsgesetz von 1952 haben wir ein Mindestmaß an Ackerbaufläche, an Betriebseinheiten, an Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind, ferner die Aufrechterhaltung der Bergbauernbetriebe sichern wollen. Große Anstrengungen auf dem Gebiete der Berufsausbildung,

der Betriebsführung, der Produktionsverbesserung und Kostensenkung sind unternommen worden. Allmählich ist die Parität der Existenzbedingungen zwischen der Landwirtschaft und den andern Wirtschaftsgruppen erreicht worden. Wir können für die Zukunft nicht an eine natürliche Anpassung unserer landwirtschaftlichen Produktion an die allgemeinen Bedingungen des europäischen Marktes glauben. Diese Anpassung wird sich nur nach und nach, und wahrscheinlich nie vollständig, erzielen lassen. Es wird Aufgabe der Staatsbehörden sein, die Mittel ausfindig zu machen, um die Fehlbeträge zu decken, die auf das kriegswirtschaftliche Pflichtenheft zurückzuführen sind. Es werden immer Opfer gebracht werden müssen, um ein Mindestgleichgewicht zwischen den einzelnen Volksgruppen und die Quellen der Erneuerung unserer Volkskraft aufrechtzuerhalten.

Auf dem Gebiet unserer sozialpolitischen Verantwortung schafft die technische und industrielle Umwälzung zwischen Bürger und Staat neue Beziehungen. Die ständige Bevölkerungszunahme und ihre Folgen zwingen uns zur Überprüfung der sogenannten «Infrastruktur des sozialen Lebens» oder, anders ausgedrückt, zur Befriedigung der Bedürfnisse auf den Gebieten der Ausbildung, Erziehung, Arbeitsgestaltung und Gesundheitspflege der heranwachsenden Generationen. Hier dürfen wir uns nicht von der Entwicklung überraschen lassen. Wenn wir zu spät kommen, laufen wir Gefahr, unweigerlich dem Kollektivismus ausgeliefert zu sein. Bei der Sozialversicherung hat die günstige Wirtschaftslage bedeutende Mehrleistungen ermöglicht. Wir wollen aber darauf achten, gewisse Reserven in der Hand zu behalten für den Fall wirtschaftlicher Rückschläge. Gegenüber zu weitgehenden Forderungen müssen wir an ein gesundes Verhältnis zwischen Staats- und Privatleistungen denken.

Der Preis der Freiheit

Die Frage unserer politischen Verantwortung fasse ich im weitesten Sinne auf. Wie verhalten wir uns im Kampfe der Ideologien? Wie überwinden wir die Schwierigkeiten des Menschen, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Leistung zu vollbringen? Wir bleiben den Freiheiten treu, die unsere Lebensgrundlage und unser gemeinsames Ideal sind. Wir kennen ihren Preis und sind bereit, ihn zu entrichten. Es gibt keine Freiheit ohne Nachteile und Gefahren, die die Freiheit bedrohen.

Der Preis ist zuallererst die totale Landesverteidigung: Militärische und wirtschaftliche Vorbereitung und Zivilschutz stellen uns vor ein ständig sich erneuerndes Tätigkeitsprogramm. Es hält schwer, auf dem Gebiete der Weltpolitik prophezeien zu wollen und alle denkbaren Umwälzungen und neuen Allianzen vorauszusehen. Gerade deshalb müssen wir unsere berechtigten Lan-

desverteidigung aufrechterhalten und verstärken. Ein großer Rechtsgelehrter hat zutreffend bemerkt, die Neutralen seien die einzigen, die moralisch nicht zur Abrüstung berechtigt seien.

Der Preis besteht sodann darin, inmitten der allgemeinen Wirtschaftsblüte, den Unternehmungs- und Forschungsgeist zu stärken. Wir müssen die Neigung bekämpfen, immer mit dem Strom zu schwimmen und Sonderinteressen dem Allgemeininteresse voranzustellen. Wir gehen einer Zeit entgegen, die bewegliche Geister verlangt. Ein Erzieher hat unlängst festgestellt, der Mensch, der nicht mit der Entwicklung Schritt halte, werde in einem Jahr und nicht mehr bloß in einer Generation überflügelt. Er hat beigefügt, die Schule der Zukunft werde den Menschen fünfzig Jahre lang beschäftigen. Unser Wissensgut der Gegenwart und Zukunft beruht nicht nur auf statischen Erkenntnissen und einmal erlerntem Stoff, die für eine bestimmte Zeitdauer ausreichen. Vielmehr müssen sich unsere Kenntnisse unaufhörlich erneuern und erweitern.

Es mag merkwürdig scheinen, wenn ich sage, daß der Preis unserer Freiheit in ihrer Anwendung enthalten ist. Man kann dem totalitären Druck nicht mit der Anwendung gleicher Abwehrmittel begegnen. Auf dem Gebiete der persönlichen Meinungen, der Niederlassungsfreiheit und des Eigentums haben sich Verbote streng an das allgemeine Interesse zu halten. Wir haben keinen Grund, am Wert unserer Institutionen zu zweifeln und die Auseinandersetzung zu fürchten, die nur positiv ausgehen kann. Wer sein Haus gegen jeden Einfluß von außen hermetisch abschließt, setzt schließlich die Bewohner der Erstickungsgefahr aus.

Die Atomwaffenabstimmung

Vor allem müssen wir bedenken, daß der Preis unserer Freiheit in der Teilnahme an den Landesfragen und in der Verantwortungsfreudigkeit besteht. Die erste Atomabstimmung war ein Testfall. Er läßt uns die Frage stellen, ob gewisse Landsleute sich des vaterländischen Erbgutes und der Freiheiten noch voll bewußt sind. Soll etwa unser Land heute bereits den Höhepunkt seiner Geschichte erreicht haben? Gelten der Mut, das Beispiel, die Möglichkeiten, die der einzelne Bürger und die Volksgemeinschaft in der Verteidigung der Grundsätze, Überlieferungen und Ideen, die die Ehre unserer Vergangenheit und die Gewähr für unsere Zukunft sind, nichts mehr? Alle Völker haben ihre Schwierigkeiten, dem heutigen Tempo der Ereignisse zu folgen. Die Probleme sind so gewaltig, daß sie den einzelnen Menschen in den Schatten stellen. Er flüchtet sich oft in eine bloß oberflächliche Kenntnisnahme der Tatsachen und ihrer Bedeutung.

An die Stelle klar gefaßter und überdachter Lehren treten vielfach Bilder und Töne. Es sind Studien im Gange, wie unsere Informationsmittel mit un-

seren politischen Zielsetzungen auf der Grundlage einer klaren Lehre in Übereinstimmung gebracht werden können. Ich nenne als Beispiele Heer und Haus für die Truppe, die Rencontres Suisses und den zivilen Aufklärungsdienst; wir bemühen uns um eine Vertiefung der Aufklärungsarbeit, ohne jeden Druck und Zwang, mit dem einzigen Ziel, das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Verwalteten, zwischen Behörden und Volk zu stärken. Die Demokratie ist nur lebens- und entwicklungsfähig, wenn die Befugnisse genau abgegrenzt sind, die den Behörden erlauben, zu regieren und zu verwalten und dem Volke helfen, einer trügerischen Propaganda standzuhalten.

Und so kommen wir noch einmal auf die Landesverteidigung zurück: Warum will man den eidgenössischen Räten eine Kompetenz entreißen, die unweigerlich Problemen gilt, welche entweder der Geheimhaltungspflicht unterworfen oder hochgradig technischer Natur sind? Warum soll das Volk selber zu Fragen Stellung nehmen, über die es unvermeidlicherweise nie ausreichend informiert werden kann? Unter dem Vorwand der Wahrung der Volksrechte flieht man in Wirklichkeit vor der Verantwortung! Unsere politischen Institutionen brauchen keine zusätzlichen Garantien zum Schutze des Volkes gegen Mißbrauch! Es gibt kaum ein Land, das dem Bürger mehr Möglichkeiten gewährt, sich direkt zu äußern, als das unsrige.

Ich appelliere an die persönlichen Kontakte, an die Beziehungen und Bande der Freundschaft und des Vertrauens, um ein politisches Klima zu bewahren und zu sichern, in dem der gesunde Menschenverstand siegreich bleibt über Gefühlserwägungen, die gewiß ihre menschliche Seite haben, aber schließlich nur Verwirrung stiften.

Unser Land ist heute fähig, neue Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen, ohne deshalb seine Existenzgrundlage, seinen Lebensinhalt und sein Ideal preiszugeben. Wir brauchen dazu nur ein Volk, das weiß, was es ist und was es bleiben will.

Nach einem Vortrag in der Aula der Universität Zürich im Februar 1963.